

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 08.09.2015

25 Jahre Vollendung der Deutschen Einheit - die Opfer der DDR-Diktatur würdigen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Am 3. Oktober 2015 jährt sich zum 25. Mal der Tag der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Vollendung der Einheit unseres Landes war nur möglich, weil mutige Frauen und Männer in der ehemaligen DDR die Voraussetzungen schufen, um die Berliner Mauer zum Einsturz zu bringen. Damit glückte zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine friedliche und demokratische Revolution.

Vor über 25 Jahren ist die Mauer gefallen, die unser Land 28 Jahre lang geteilt hatte. Mit ihrem Fall begann letztlich auch das Ende des SED-Unrechtsregimes. Zu verdanken ist dies den Bürgerinnen und Bürgern in der ehemaligen DDR. Sie haben durch ihr nachhaltiges Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte den Boden für die erfolgreiche Protestbewegung des Jahres 1989 bereitet.

Die Spaltung Berlins und die Spaltung Deutschlands war gleichzeitig auch die Spaltung Europas.

Die Mauer trennte mit Beton, Stacheldraht und Selbstschussanlagen einen ganzen Kontinent, aber vor allem trennte sie Freunde und Familien. Die Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Ostblockstaaten waren ein weiterer Wegbereiter für die Einheit Deutschlands. Lange Zeit waren sie gelähmt durch die Nachwirkungen der niedergeschlagenen Volksaufstände vom 17. Juli 1953 in der DDR, den ungarischen Aufstand im Jahr 1956 oder den ebenfalls durch sowjetische Panzer beendet Prager Frühling. Erst die Politik von Perestroika und Glasnost brachten die Sowjetunion dazu darauf zu verzichten, den Wunsch nach mehr Freiheit in den „sozialistischen Bruderländern“ mit eiserner Faust niederzuschlagen.

Die im März 1990 frei gewählte Volkskammer der nun demokratischen DDR und ihre Regierung schufen in kürzester Zeit die Rahmenbedingungen für die deutsche Wiedervereinigung. Letztlich war es die Unterstützung der drei Westalliierten und die positive Rolle von Michael Gorbatschow, die dazu führten, dass die 2+4-Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Die umsichtige Politik der Bundesregierung Kohl/Genscher nutzte die historisch vermutlich nur kurze Zeit, um die Zusagen aller wesentlichen Staaten zur deutschen Einheit zu erhalten.

Niedersachsen besaß den längsten Teilabschnitt der innerdeutschen Grenze und war daher neben Berlin erheblich von der Teilung betroffen.

Der 25. Jahrestag des Mauerfalls ist auch Anlass zum Gedenken an die Opfer und die Folgen der deutschen Teilung. Nach bisherigen Erkenntnissen sind bei Fluchtversuchen insgesamt über tausend Menschen zu Tode gekommen. Diese Personen wollten für sich ein besseres Leben jenseits kommunistischer Willkürherrschaft aufbauen und bezahlten diesen Wunsch nach Freiheit mit ihrem Leben.

Niedersachsen hat als erstes westdeutsches Bundesland beschlossen, die Machenschaften der Stasi in Niedersachsen gründlich zu untersuchen. Unser Land leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung. Dies ist vor allem für viele SED-Opfer wichtig, die noch heute unter den Taten von Verfolgung, Haft oder Flucht leiden.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag würdigt anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR), die trotz der Gefahr staatlicher Verfolgung durch den Unterdrückungsapparat des Regimes sich entschlossen für ihre Menschen- und Bürgerrechte eingesetzt haben und damit zu weltweiten Vorbildern gegen staatliche Willkürherrschaft geworden sind.
2. Der Landtag stellt fest, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist. Bis zum Mauerfall gab es keine freien Wahlen, keine freie Justiz und kein Recht auf freie Meinungsäußerung. Das SED-Regime hat mit dem Bau der Mauer und der Errichtung des Ministeriums für Staatssicherheit das Ziel verfolgt, das eigene Volk zu überwachen und zu unterdrücken, um so das eigene Herrschaftssystem abzusichern. Die etwa 1 000 Menschen, welche an der Berliner Mauer, an der innerdeutschen Grenze und auf anderen Fluchtwegen den Weg in die Freiheit mit dem Leben bezahlen mussten, verdeutlichen die Unmenschlichkeit des SED-Systems. Hinzu kamen ca. 100 000 Verhaftungen wegen Fluchtversuchen, mehr als 200 000 politische Gefangene und Tausende von weiteren Opfern der kommunistischen Willkürherrschaft.
3. Die SED ist durch den Zwangszusammenschluss von SPD und KPD entstanden. Als Blockparteien mussten die CDU und die LDP gemeinsam mit den von dem Regime gegründeten Parteien NDPD und DDP dem System unter Zwang zum Anschein demokratischer Legitimation verhelfen. Jeder Versuch, die Ideale einer wahrhaftigen pluralistischen und demokratischen Gesellschaft aktiv zu verwirklichen, wurde durch das Regime mit schweren Repressionen beantwortet. Gleichwohl bedürfen die Rolle und der Charakter dieser Parteien im Laufe der Geschichte bis zum Herbst 1989 und danach der kritischen Aufarbeitung.
4. Der Landtag fordert, allen Versuchen, den SED-geführten Regierungen der DDR eine demokratische Legitimität beizumessen, den Diktaturcharakter der DDR zu erklären und die fundamentalen Unterschiede zum demokratischen Rechtsstaat zu verweisen, entschieden entgegenzutreten und über den diktatorischen Charakter des DDR-Macht- und Herrschaftsapparates umfassend zu informieren.
5. Der Landtag fordert, besonders die junge Generation weiterhin verstärkt über die historischen Zusammenhänge und ihre aktuellen Fortwirkungen aufzuklären und damit für eine glaubhafte Extremismus-Prävention Sorge zu tragen. Die 40 Jahre lang währende SED-Diktatur mit ihrem totalitären Machtwillen hat Spuren bei Menschen aus beiden deutschen Staaten hinterlassen. Die Lehrpläne und Lehrmaterialien in den Schulen sollten dieser Anforderung Rechnung tragen. Heutige Gedenkstätten der SED-Diktatur können als authentische Lernorte bei Klassenfahrten genutzt werden. Ebenso kann die Einladung von Zeitzeugen in den Unterricht dazu beitragen, sich praxisnah und anschaulich mit der Problematik auseinanderzusetzen.
6. Der Landtag erkennt an, dass noch heute viele Menschen unter den Folgen des SED-Regimes leiden. Dies betrifft auch zahlreiche Opfer, die im Laufe der Jahre durch die Freikaufpraxis aller Bundesregierungen nach Niedersachsen gekommen sind. Es handelt es sich vor allem um Haftopfer mit langjährigen Freiheitsstrafen sowie um Flüchtlinge und Ausreisende.

Viele dieser SED- und Stasi-Opfer sind auch heute noch durch die häufig unmenschlichen Haftumstände und Zersetzungsmaßnahmen traumatisiert. Sie benötigen auch 20 Jahre nach Ende der DDR unsere Hilfe und Unterstützung.
7. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, einen mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurf vorzulegen, der die medizinische Begutachtung für SED-Opfer verbessert, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben. Es ist durch eine zwischen den Ländern verbindliche Vereinbarung zu gewährleisten, dass die Gutachter nicht nur medizinisch fachsachverständig sind, sondern auch über die nötigen geschichtspolitischen und DDR-spezifischen Kenntnisse verfügen.
8. Viele Träger des SED-Systems und vor allem die ehemaligen Stasi-Angehörigen erhielten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in der DDR überhöhte Bezüge und damit auch höhere Renten. Beschlüsse des gesamtdeutschen Gesetzgebers, die eine Deckelung der Rentenbezüge für diesen systemnahen Personenkreis auf zwei Drittel des DDR-Durchschnittsniveaus

vorsah, wurden durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Damit ist die finanzielle Schere zwischen den Opfern der SED-Diktatur und ihren früheren Peinigern wieder größer geworden. Leistungen der bescheidenen Opferrente von monatlich maximal 300 Euro erhalten nur SED-Opfer, die sozial bedürftig sind. Die meisten Betroffenen empfinden diese Zuwendung nicht primär als einen finanziellen Ausgleich in einer sozialen Notlage, sondern vielmehr als Anerkennung des wiedervereinten Deutschlands für ihren Einsatz für Demokratie und persönliche Freiheit.

9. Der Landtag würdigt die Arbeit der im Niedersächsischen Netzwerk für SED- und Stasiopfer zusammengeschlossenen Aufklärungs- und Opferverbände. Als einziges westdeutsches Bundesland unterhält Niedersachsen eine Beratungsstelle für DDR-Opfer im Ministerium für Inneres und Sport. Es ist eine gut besuchte Anlaufstelle für zahlreiche unterstützungssuchende Menschen. Deswegen fordert der Landtag die Landesregierung auf, die Arbeit der Koordinierungsstelle weiterhin zu fördern und dafür Sorge zu tragen, dass diese ihrer Arbeit langfristig nachgehen kann. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind zu dokumentieren und zu archivieren.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender